

Die zentralen gesellschaftlichen Probleme sind sinkende Binnennachfrage, steigende Massenarbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und die Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit. Der mit der Agenda 2010 beschlossene und mit der Kürzung der Transferleistungen, der Senkung des Spitzensteuersatzes, dem Abbau der solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung, der Haushaltskonsolidierung usw. eingeschlagene Kurs kann diese Probleme nicht lösen, sondern nur verstärken. Für die Lösung der Probleme ist eine Politik erforderlich, die durch steigende Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten immer mehr Menschen in die aktive Gestaltung der Gesellschaft einbezieht. Langfristig wollen wir allen Menschen ermöglichen, sich auf Grundlage einer solidarischen Gesellschaft zu entfalten und mit ihren spezifischen Anliegen und Fähigkeiten produktiv in eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung einzubringen. Noch in dieser Legislaturperiode bis 2006 sind die Weichen dafür zu stellen:

1. Die Konjunktur in Deutschland wird von der sinkenden Binnennachfrage abgewürgt. Deshalb ist eine erhebliche Förderung der Binnennachfrage dringend notwendig. Dafür ist einerseits erforderlich, dass alle von Lohn und Transferleistungen abhängigen Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Es bedarf der Ausweitung sozialer Leistungen und einer Entlastung geringer und mittlerer Einkommen von Steuern und Abgaben. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen und erhalten, die den Gewerkschaften eine offensive Tarifpolitik ermöglichen, zum Beispiel muss die Verbindlichkeit von Flächentarifverträgen gesetzlich untermauert und nicht ausgehöhlt werden. Gleichzeitig muss der Staat auch direkt für eine Stärkung der Nachfrage sorgen, indem die Investitionen in Infrastruktur für Gesundheit, Bildung, Kultur, Ökologie, Kommunikation und Mobilität erheblich gesteigert werden. Die dafür erforderlichen Mittel sind zum Teil über eine zeitweise höhere Verschuldung, vor allem aber über die stärkere Besteuerung von Gewinnen, großen Vermögen und Einkommen aufzubringen. Dafür sind Steuerschlupflöcher zu schließen und vor allem der effektive Satz der Körperschaftsteuer durch Rücknahme der im letzten Jahrzehnt eingeführten Vergünstigungen wieder zu steigern. Eine Vermögenssteuer auf private und betriebliche Vermögen, eine deutlich höhere Erbschaftsteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes müssen wir durchsetzen.

2. Das zentrale Problem ist die Massenarbeitslosigkeit. Die Stärkung der Binnennachfrage schafft Arbeitsplätze. Gleichzeitig ist eine Ausweitung der aktiven Beschäftigungspolitik erforderlich. Diese muss wesentlich auf berufsqualifizierende Maßnahmen setzen, die besonders Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen neue Möglichkeiten eröffnen. Dafür ist auch eine Ausbildungsplatzumlage erforderlich. Bei der aktiven Beschäftigungspolitik müssen stärker als bisher die spezifischen regionalen Erfordernisse berücksichtigt werden. Für eine solche Stärkung der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik müssen die Landesarbeitsämter erheblich besser ausgestattet werden. Andererseits muss die langfristige Stärkung der Finanzkraft der öffentlichen Haushalte durch ein gerechtes Steuersystem für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden. Angesichts dessen, dass vor allem die Kommunen aber auch der Bund und die Länder unter dem permanenten Sparzwang der letzten Jahre in den Gebieten Bildung und Kultur, Gesundheit, Justiz, Infrastruktur und in der Verwaltung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben stark eingeschränkt sind, ist es dringend notwendig, mehr Menschen in diesen Bereichen zu beschäftigen. Die Zunahme staatlicher Investitionstätigkeit, auch durch die Ausweitung der öffentlichen Aufgaben, wird auch bei einer verstärkten Belastung der öffentlichen Haushalte angestrebt, weil die beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Effekte langfristig eine positive volkswirtschaftliche Dynamik ermöglichen.

Des Weiteren müssen Arbeitnehmerrechte wie z.B. der Kündigungsschutz oder der Schutz gegen Aussperrungen bei Arbeitskämpfen wiederhergestellt und ausgeweitet werden, um die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmen zu stärken.

3. Die sozialen Sicherungssysteme können kaum noch vor Verelendung schützen. Wir können nicht akzeptieren, dass die Kriterien für den Bezug von Sozialleistungen in den letzten zwanzig Jahren immer enger gefasst worden sind, so dass heute zunehmend Menschen in Armut leben. Dabei ist das Ziel der sozialen Sicherungssysteme weder die Repression gegen angebliche "Drückeberger" noch ein Auffangbecken für "Versager", sondern die Sicherung des Lebensstandards in persönlichen wie gesellschaftlichen Übergangs- und Krisenphasen sowie bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit und im Alter. Entsprechend sind die sozialen Leistungen nicht zu kürzen, sondern auszuweiten und stärker dem normalen Einkommensniveau anzugleichen. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss die Sozialhilfe angehoben und nicht die Arbeitslosenhilfe abgesenkt werden. Die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme ist schrittweise zu Lasten der Arbeitgeber zu überwinden, wobei die stärkere Belastung der Unternehmen an deren Wertschöpfung und nicht an die Lohnkosten zu koppeln ist. Das Rentenniveau muss den Rentnerinnen und Rentnern einen Lebensstandard ermöglichen, der dem der Erwerbstätigen vollständig entspricht.

4. Öffentliche Aufgaben können gegenwärtig kaum noch wahrgenommen werden. Um sich nicht wie in den letzten Jahren der Konsenssuche mit Unternehmen und Lobbygruppen in Bündnissen für Arbeit und ähnlichen Kommissionen und Runden Tischen auszuliefern, muss der Staat handlungsfähig sein. Auf der Grundlage einer Stärkung der Finanzkraft der öffentlichen Haushalte durch ein gerechtes Steuersystem müssen wir gestaltende Reformpolitik für Innovation und Gerechtigkeit auch gegen den Widerstand der Unternehmensseite durchsetzen. Dabei ist der Trend zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben umzukehren. Die in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur, Ökologie, Kommunikation und Mobilität anstehenden Weiterentwicklungen sind nur für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen nutzbar, wenn sie von öffentlich und demokratisch gesteuerten Institutionen frei vom Druck der Profitmaximierung realisiert werden. Aus den Fehlern paternalistischer Bürokratisierung der Vergangenheit zu lernen, heißt dabei, vor allem auf dezentrale Organisation und Demokratisierung zu setzen.

5. Kapitalkonforme Qualifizierung wird den gesellschaftlichen Entwicklungserfordernissen nicht gerecht. Gesellschaftliche Entwicklungserfordernisse sind Frieden, weltweite soziale Entwicklung, verantwortungsvolle Nutzung der natürlichen Lebensbedingungen und sinnvolle Arbeit für alle. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller ist es notwendig, die Bildung daran zu orientieren, dass sie allen Menschen zu eigenständigem Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklung dient, sowie solidarisches Handeln und gewaltfreie Konfliktlösung ermöglicht. Die beruflich-praktische Qualifizierung muss deshalb gewährleistet sein und integraler Bestandteil allgemeingesellschaftlich relevanter Qualifizierung der Einzelnen werden. In diesem Sinne umfassende Bildung ist das Ziel. Der rasante wissenschaftlich-technische Fortschritt macht die permanente Aneignung von Wissen erforderlich für berufliche und außerberufliche Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung. Die Anforderungen an gesellschaftlich nützliche Bildung und Wissenschaft müssen demokratisch ermittelt und immer wieder neu bestimmt werden. Umfassende Kooperation aller ist die Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt für eine produktive und humane gesellschaftliche Entwicklung. Für die Verwirklichung dieser Maßstäbe ist die Unbedrängtheit der Bildungsinstitutionen wie der in ihnen Tätigen von Kapitalverwertungsinteressen erforderlich. Deshalb sind Demokratisierung und bedarfsdeckende staatliche Finanzierung aller Bildungsinstitutionen notwendig. Umfassende Bildung muss allen in jeder Lebenslage solidarisch ermöglicht, also wiederum staatlich bedarfsdeckend und gegebenenfalls elternunabhängig finanziert werden. Die inhaltliche Orientierung von Bildung und Wissenschaft an der Bekämpfung der drängenden gesellschaftlichen Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Unterentwicklung, Umweltzerstörung und Krieg muss gefördert werden.

6. Umfassende ökonomische Steuerung ist nur noch auf globaler Ebene möglich. Die globale Deregulierungs-, Privatisierungs- und Entdemokratisierungswelle der letzten Jahrzehnte ist kein Naturgesetz. Diese Entwicklung ist ein politisch gewollter Prozess, der ein Eingreifen im Sinne sozialer und humaner Entwicklung unmöglich machen und das Prinzip der Profitmaximierung weltweit durchsetzen soll. Doch belegt die Zuspitzung der globalen ökonomischen und sicherheitspolitischen Situation eindringlich die Notwendigkeit internationaler Kooperation für die Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit. Dafür muss die durch WTO, IWF und Weltbank forcierte neoliberale Globalisierung gestoppt werden, zum Beispiel sind die Verhandlungen zur Ausweitung des GATS (General Agreement on Trade in Services) sofort abzubrechen, um die Daseinsfürsorge nicht noch stärker der Profitorientierung zu unterwerfen. Die weltweite Regulierung der Finanzmärkte ist ein unverzichtbarer Schritt, um die destruktive Wirkung von Spekulation zu unterbinden und Investitionen in die Realwirtschaft zu lenken.

Die Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte um den besten Zugang zu Rohstoffen, Märkten und Arbeitskräften führt letztendlich zum Krieg. Die Erfahrungen während des Irak-Krieges haben gezeigt, dass wir dem entgegentreten können und müssen, weil hier offensichtlich die Interessen der Bevölkerung weltweit mit Füßen getreten werden. Um dagegen in Zukunft wirksam zu werden, muss Europa - gestützt auf die weltweite Friedensbewegung und die globalisierungskritische Bewegung - statt als konkurrierende Interventionsmacht als internationale Kraft des Friedens etabliert werden und für soziale Entwicklung weltweit eintreten. Um diesen Maßstab auch innerhalb Europas zur Geltung zu bringen, müssen die sozialen Standards auf ein gemeinsames Niveau angehoben werden: Durch umfassende soziale Sicherung, europaweite Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten von internationalen Betriebsräten usw. Grundlage hierfür ist auch die Demokratisierung der europäischen Institutionen.

Der Kampf für Reformen im Interesse der (potenziell) arbeitenden Menschen, die Mobilisierung für eine solidarische und menschliche Gesellschaft muss der Kern sozialdemokratischer Politik sein. Diesen Kampf gerade in schwierigen Zeiten und gegen den erheblichen Widerstand von Arbeitgebern sowie reaktionären und neoliberalen Kräften aufzunehmen, ist unsere Aufgabe.

